

# Heuschrecken fressen die Äcker Bauernbund Brandenburg: Großinvestoren haben Einfluss auf Agrarbetriebe in 50 märkischen Dörfern

Von Ute Sommer

POTSDAM Reinhard Jung ist sauer. Er klagt über "fremdgesteuerte Agrarfirmen im Land". Sieben große Anteilseigner hat Jung, der Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg, im Hintergrund von Agrarbetrieben in etwa 50 märkischen Dörfern ausgemacht. Bekommt hier also einer dieser Brandenburger Standorte seine Betriebsprä-

mien aus dem Topf der Europäischen Union (EU), verdienen die Gesellschafter im Hintergrund, moniert Jung.

Nach den Erhebungen des Bauernbundes kam beispielsweise die KTG Agrar AG mit Sitz in Hamburg durch ihre märkischen Standorte im Jahr 2011 auf eine Prämiensumme von rund fünf Millionen Euro. Bei der JLW Holding AG im niedersächsischen Winsen sollen es

etwas mehr als vier Millionen Euro an Direktzahlungen gewesen sein. Für Jung ein Unding. Mit Agrarsubventionen sollten ortsansässige Landwirte gestärkt werden, fordert er.

Die Firmengruppen reagieren gelassen auf die Kritik. Die zugehörigen Betriebe des Mutterkonzerns seien "rechtlich eigenständige Unternehmen und investieren seit Jahren in die ökologische

Erhaltung" der Äcker, heißt es bei der JLW Holding AG. Man schaffe Jobs in der Region, zahle hier Steuern und stärke damit die Kommunen.

KTG aus Hamburg betont, man sei kein Investor. "Wir sind ein Landwirt, der auf gepachtetem oder gekauftem Land eine Landwirtschaft betreibt, die vor dem Hintergrund der knapper werdenden Ressource Ackerland bei wachsender Weltbevölkerung an Bedeutung stetig und vehement zunimmt", teilt sie auf Anfrage schriftlich mit. Der Besitz von Ackerflächen werde nicht als Selbstzweck betrachtet, sondern als Verantwortung. Und keinesfalls gehe es um den Ausverkauf der brandenburgischen Landwirtschaft. Vielmehr solle sie erhalten werden - "mit einer zeitgemäßen Bewirtschaftung der zur Verfügung stehenden Flächen", lassen die Hamburger mitteilen.

Jung vom Bauernbund geht davon aus, dass die großen Verdienner wohl nur die Spitze des Eisbergs sind. Zahlreiche

weitere märkische Betriebe seien durch eine offene Übernahme oder auch stille Beteiligungen in die Hände von Kapitalanlegern gelangt, kritisiert er. Angesichts dieser Entwicklung fordert der Bauernbund neue Regeln für die Auszahlung von Agrarprämien. Zum einen sollte eine Obergrenze für die Subventionen pro Betrieb eingezeichnet werden. Zum anderen sollte es Vorschriften geben, dass dieselben Gesellschafter nicht bei mehreren Betrieben gleichzeitig abkassieren können.

Eine Obergrenze für Betriebsprämien stößt beim Landesbauernverband auf strikte Ablehnung. "Wenn bei den Großen etwas weggenommen wird, kommt das nicht automatisch zu den Kleinen", argumentiert Holger Brantsch, Sprecher des Bauernverbandes. Und Größe allein habe nichts mit Eigentümerstrukturen zu tun. Aber auch Brantsch ist dafür, dass man die Entwicklungen in der Branche im Auge behält. "Wir sind für Regionalität. Das Geld

soll dort bleiben", betont er. Das Problem allerdings sei, dass sich oft gar nicht ermitteln lasse, wem welche Firma zu welchen Anteilen gehöre. Brantsch: "Die Betriebe lassen sich nicht in die Bücher schauen."

Jens-Uwe Schade vom Brandenburger Agrarministerium prophezeit, dass der Boden das "zentrale Thema" der Zukunft sei. Das Interesse der Wirtschaft werde auf die Fläche gelenkt, denn genau dort finde die Energiewende statt. Nachwachsende Rohstoffe, Windkraftanlagen, Energietrassen - sie alle brauchen Platz. Und der Boden wird immer begehrter. Das ist ein Problem, gerade für die Brandenburger Bauern. Denn nach Angaben des Agrarministeriums bewirtschaften sie zu 75 Prozent gepachtete Flächen. Die Pachtverträge laufen irgendwann aus. Dann steht der Verkauf an.